

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/189

Bonn, den 1. Oktober 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Attraktiveres Parlament ? 76

Ein Beitrag zur Diskussion über das Thema "Parlamentsreform"

Von Günter Markscheffel

2 Grünes Licht für Harold Wilson 26

Nach dem Kongreß der Britischen Labour-Party

3 Merkwürdige Sprachverwirrung 46

Was ist ein "Funktionär" ?

4 - 5 Ist Deutschland wirklich so beliebt in Afrika ? 61

Ernüchterndes Ergebnis von Meinungsumfragen  
in vier westafrikanischen Staaten

## Attraktiveres Parlament ?

Von Günter Markscheffel

Während des Wahlkampfes wurde von Versammlungsbesuchern oft bedauert, daß Einzelheiten von der Tätigkeit des Bundestages in der Bevölkerung zu wenig bekannt sind. Man schimpfte deswegen auf "den Bundestag" oder auf "die Presse". Kritiken dieser Art werden im allgemeinen mit dem Ruf nach einer Reform der Parlamentsarbeit verbunden.

Im Prinzip ist das Bedauern über den Mangel einer publikumswirksamen Parlamentsarbeit berechtigt. Deswegen bemüht sich auch der Bundestagspräsident und mit ihm der aus Vertretern aller Parteien zusammengesetzte Ältestenrat des Bundestages seit langem darum, die Parlamentsarbeit attraktiver zu gestalten. Ein erstes Ergebnis zahlreicher Beratungen war die Einführung der "Fragestunde" und der "Aktuellen Stunde" im Bundestag, mit deren Hilfe die Tätigkeit des Parlaments ohne Zweifel für die Öffentlichkeit etwas attraktiver gestaltet werden konnte. Jetzt wird überlegt, ob es nicht möglich sei, die bisher im Verborgenen blühende Ausschußarbeit der Publizistik zugänglich zu machen. Im Bayerischen Landtag ist - im Gegensatz zum Bundestag - die Presse zu den meisten Ausschußsitzungen zugelassen. Ob sich der Bundestag in seiner neuen Legislaturperiode zu einem ähnlichen Schritt entschließen wird, ist noch nicht sicher.

Tatsache ist, daß durch die Öffentlichkeit der Ausschußsitzungen die Berichterstattung über die Parlamentsarbeit in Bayern befruchtet wurde. Wenn auch die Journalisten, die an Ausschußsitzungen teilnehmen, nicht immer über jedes Detail der Beratungen berichten können, so gibt ihnen doch das unmittelbare Erlebnis der Teilnahme eine solide Plattform für die Berichterstattung über die gleiche Thematik, wenn diese in der Plenarsitzung zur Sprache kommt.

Viel dringender als die hier angedeutete Detailreform ist aber doch wohl die Frage, ob der Bundestag es fertigbringt, die Tagesordnung seiner Sitzungen so zu gestalten, daß die Presse auch tatsächlich darüber berichten kann. In der Praxis erleben die in Bonn tätigen Journalisten oft genug, daß an einem Sitzungstag zwischen 30 und 50 Tagesordnungspunkte "abgehandelt" werden müssen. Darunter gab es wichtige und weniger wichtige Fragen; insgesamt jedoch bot die Aussprache über im Durchschnitt 40 Tagesordnungspunkte so ungeheuer viel Stoff, daß kein Journalist auch nur annähernd in der Lage war, das Parlamentsgeschehen an dem betreffenden Tage ausführlich darzustellen. Soweit es sich nicht um innen- oder außenpolitische Höhepunkte handelte, fanden viele der als "Fachfragen" bezeichneten Beratungsgegenstände ihren Niederschlag lediglich in kurzen Meldungen. Die Folge davon ist, daß der Zeitungsleser nur ungenügend über das Geschehen im Parlament unterrichtet wird und daß bei ihm nach einer gewissen Zeit der Eindruck entsteht, das Parlament sei nicht auf der Höhe seiner ihm gestellten Aufgabe.

Das Parlament muß sich also überlegen, ob es seine Arbeit straffen kann, d.h. die Tagesordnung der einzelnen Sitzungen so zu gestalten, daß "die Presse" in die Lage versetzt wird, den das ganze Volk interessierenden Problemen die gebührende Aufmerksamkeit zu widmen. Als Ausweg aus dem hier skizzierten Zustand hat sich die Fachpublizistik jener in Bundestag diskutierten Probleme angenommen, von denen man annimmt, daß sie nur einen Teil der Zeitungsleser interessieren. So findet man in Fachzeitschriften, gleich welcher Art, sehr ausführliche Berichte über diesen oder jenen von einer Fraktion eingebrachten Antrag; man kann hervorragende Kommentare hierzu lesen und ein in sich geschlossenes

Bild des betreffenden Beratungsgegenstandes gewinnen. Das ist zwar sehr erfreulich, führt aber dazu, daß eben nur die Bezieher von Fachzeitschriften zur Kenntnis nehmen können, was zu dem betreffenden Fachgebiet im Bundestag gesagt oder beschlossen wurde. - Man mag das begrüßen oder bedauern; auf alle Fälle kommt bei dieser infolge der meist überladenen Tagesordnungen der Bundestagsitzungen angewandten Berichterstattungsmethode die Unterrichtung der Allgemeinheit zu kurz.

In den Rahmen dieser und ähnlicher Überlegungen gehört auch die Frage, ob zwischen dem Parlament und dem Deutschen Presserat nicht auch einmal eine Diskussion darüber geführt werden könnte, warum es Verleger gibt, die ihren Redakteuren einen verhältnismäßig nur eng begrenzten Raum für die Parlamentsberichterstattung zubilligen. Wenn es richtig ist, daß "die Presse" eine öffentliche Aufgabe im demokratischen Staat zu erfüllen hat, - und es ist richtig - dann sollte es doch möglich sein, daß in enger Zusammenarbeit von Parlament und Presse diejenigen pressemäßigen Voraussetzungen geschaffen werden, die eine ausführlichere Berichterstattung über das Parlamentsgeschehen erlauben würden.

Sicher sind diese wenigen Anregungen nicht umfassend genug, um das jetzt wieder einmal diskutierte Problem der attraktiveren Gestaltung des Parlamentsgeschehens lösen zu können. Sie sollen nur ein Beitrag aus der Praxis sein, der sich anderen Beiträgen anschließt.

+ + +

#### Grünes Licht für Harold Wilson

sp - Das wichtigste Ergebnis des Parteitages der Britischen Labour-Party ist, daß Premierminister Harold Wilson nach einer dramatischen und mit letzter Rücksichtslosigkeit geführten Diskussion von seiner Partei grünes Licht für die Pläne der Regierung erhalten hat. Man wußte im voraus, daß Wilson harten Vorwürfen von einem Teil der auf Labour-Kongressen stets massiv auftretenden Gewerkschaften ausgesetzt sein würde. In konservativen Zeitungen war sogar die Vermutung ausgesprochen worden, Wilson könne sich nicht durchsetzen oder würde gezwungen werden, seine Führungsposition mit Hilfe von Ausweichmanövern zu retten. Wilson hat den Kampf mit einer Bravour aufgenommen, die selbst seine Gegner verblüffte. Im wesentlichen ging es um die Frage, ob die Labour-Regierung dogmatischen Vorstellungen von der Organisation des Wirtschaftslebens nachgeben solle oder nicht. Die außenpolitischen Probleme, wie etwa die Ostasienpolitik der Regierung, spielten zwar auch eine Rolle, berührten jedoch nicht so sehr die vermeintlich ideologischen Vorbehalte gegenüber der Innenpolitik. Aber auch für seine Außenpolitik hat Wilson grünes Licht vom Kongreß erhalten. Innenpolitisch und vor allem im Blick auf die erklärte Absicht Wilsons, das britische Wirtschaftsleben zu modernisieren, hat sich der Parteitag den Argumenten der Regierungsmitglieder angeschlossen. Stabilisierung des Pfundes, erhöhte Produktivität und - über die Modernisierung - Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der britischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt, das sind die Leitlinien der Labour-Regierung. Wilson geht aus diesem Kongreß als Sieger hervor und kann damit rechnen, daß auch die britische Öffentlichkeit, weit über die Labour-Party hinaus, seine Stellung als gestärkt empfinden wird.

+ + +

### Merkwürdige Sprachverwirrung

#### Was ist ein "Funktionär" ?

sp - Bei der Durchforstung des neuen Bundestages gliedert man wieder die einzelnen Abgeordneten in sogenannte Berufssparten ein und drückt ihnen damit schon zu Beginn der Legislaturperiode einen Stempel auf. Soweit es sich hierbei um Lehrer, Ärzte und Juristen handelt, ist die Berufsdefinition des betreffenden Abgeordneten verhältnismäßig einfach. Auch andere Berufsbezeichnungen lassen sich noch einigermaßen klar definieren. Sobald man jedoch den Ausdruck "Funktionär" anwendet, kommt die ganze Geschichte bei unseren Statistikern ins Rutschen.

Merkwürdigerweise bezeichnet man als "Funktionäre" in der offiziellen Statistik nur diejenigen Abgeordneten, die zur Zeit in den Gewerkschaften oder Parteien hauptberuflich tätig sind. Das ist natürlich Unsinn. Erstens haben besagte "Funktionäre" natürlich in fast allen Fällen einen anderen gelernten Beruf als jenen, den sie zur Zeit ausüben. Zweitens ist die Begriffsbestimmung "Funktionär" keineswegs nur auf Frauen und Männer anzuwenden, die zur Zeit hauptamtlich in einer Partei oder in der Gewerkschaft tätig sind.

In Frankreich z.B. nennt man jeden Beamten einen "fonctionnaire". Dabei spielt es gar keine Rolle, ob der Betreffende ein hoher, mittlerer oder unterer Beamter ist. Aber lassen wir den französischen Sprachgebrauch beiseite; sehen wir uns die deutsche Begriffsbestimmung an.

Zunächst: Das Wort "Funktionär" ist ein Fremdwort. Es besagt, daß eine Frau oder ein Mann irgendeine Funktion ausübt; nicht mehr und nicht weniger. Ob man diese Funktion in einer Partei oder einer Gewerkschaft ausübt, spielt keine Rolle. Im Sinne des Wortes ist eigentlich jeder Angestellte, jeder Beamte, sei es im öffentlichen oder privaten Dienst, oder als Angestellter einer Organisation, ein Funktionär. Zum Beispiel sind die Syndici der Industrieorganisationen, der Arbeitgeberverbände oder irgendeines anderen Verbandes genauso "Funktionäre" wie die Angestellten einer Partei oder Gewerkschaft. Man könnte auch - wollte man die Definition des Wortes "Funktionär" ganz genau aufschreiben - jeden Normalbürger, der irgendeine Tätigkeit, d.h. also eine Funktion ausübt, als "Funktionär" bezeichnen.

Darum geht es hier aber nicht. Wir wenden uns gegen die für eine bestimmte Gruppe von Bürgern angewandte Berufsbezeichnung, mit deren Hilfe man die betreffende Person in ihrer Bedeutung für die Gesellschaft abwertend katalogisieren will. Oder umgekehrt: Wenn man schon hauptberuflich Tätige in Parteien oder Gewerkschaften als "Funktionäre" bezeichnet, dann sollte man auch so freundlich sein, und die hauptberuflich Tätigen in anderen Organisationen mit der gleichen Berufsbezeichnung zu beehren. Wir kennen nur zu gut den Unterton der Herabwürdigung, der in manchen Kreisen in Verbindung mit dem Wort "Funktionär" anklings. Mit Hilfe dieser Sprachverwirrung wird sofort die Gedankenverbindung zu einem Abhängigkeitsverhältnis der betreffenden Person von einer Institution hergestellt. Damit sollte man endlich Schluss machen.

## Ist Deutschland wirklich so beliebt in Afrika?

### Ernüchterndes Ergebnis von Meinungsumfragen in vier westafrikanischen Staaten

sp - Sehr oft wird in der Bundesrepublik behauptet, "die Deutschen" stünden in Afrika bei der Bevölkerung in hoher Gunst. Man sagt, dies sei darauf zurückzuführen, daß Deutschland seit 1918 keine Kolonien mehr habe, also nicht von der jetzigen Generation als "Imperialisten" angesehen werden könne. Die ältere Generation, so erzählt man häufig, lobe stets die "korrekte Haltung" der ehemaligen deutschen Kolonialherren und wünsche nichts Lieber, als daß diese wieder zurückkehrten. Untermalt werden derartige Behauptungen und Erzählungen mit dem Hinweis auf die rührende Anhänglichkeit heute 90-jähriger ehemaliger deutscher Unteroffiziere, die noch jetzt - natürlich gegen ein entsprechendes Entgelt von der zuständigen deutschen Botschaft - alte deutsche Kriegerdenkmäler pflegen.

Ob das alles richtig ist, was man uns immer wieder erzählt, oder ob es sich hierbei nur um individuelle Erlebnisse oder gar Wunschträume handelt, konnte bisher nie festgestellt werden.

Jetzt hat die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) das Ergebnis einer umfassenden Umfrage in den westafrikanischen Republiken Senegal, Elfenbeinküste, Kamerun und Togo vorgelegt. Durch die Umfrage sollte in Erfahrung gebracht werden, welche Meinung die Einwohner dieser Staaten von den übrigen Ländern haben, welches Bild sich bei ihnen von außerafrikanischen Staaten geprägt hat. Die Umfrage erstreckte sich in jedem der genannten vier Länder auf 2 000 Einzelbefragungen. Bemerkenswert ist hierbei, daß Kamerun und Togo vor 1918 deutsche Kolonien waren und danach französisches Kolonialgebiet wurden.

### Frankreich an der Spitze

Das Ergebnis der Umfragen ist für uns Deutsche einigermaßen ernüchternd; es zeigt uns, daß die vielen in Deutschland über das vermeintlich hohe Ansehen der Deutschen in Afrika erzählten Geschichten wohl nicht ganz stimmen können.

In der ehemaligen deutschen Kolonie **K a m e r u n** steht Frankreich an der Spitze des Ansehens bei der Bevölkerung. Es folgen Ägypten,

die USA, die Bundesrepublik und Algerien. Keine feste Meinung konnte gegenüber Israel und Großbritannien festgestellt werden. Eine negative Einstellung ergab sich für Portugal, die Sowjetunion, Belgien und das kommunistische China.

Ähnlich sieht es in der ehemaligen deutschen Kolonie T o g o aus. Auch hier steht Frankreich an der Spitze des Ansehens der Bevölkerung. Es folgen die USA, die Bundesrepublik und Israel. Keine feste Meinung hat man von Großbritannien, Ägypten und Algerien. Negativ werden beurteilt: Portugal, die Sowjetunion, Belgien und das kommunistische China.

#### Deutschland unter "ferner Liefen"

Auch in den ehemaligen französischen Kolonien S e n e g a l und E l f e n b e i n k ü s t e liegt Frankreich bei den Antworten "gut angesehen" an der Spitze. Es folgen dann bei Senegal Ägypten, Algerien und die USA, und an der Elfenbeinküste sofort nach Frankreich die USA und Großbritannien.

In Senegal und an der Elfenbeinküste wird die Bundesrepublik erst nach den vorhin genannten Staaten genannt, bzw. es wird geantwortet: "Keine Meinung." - Das negative Urteil über die Sowjetunion, Portugal, Belgien und das kommunistische China ist im Senegal und an der Elfenbeinküste gleichlautend.

#### EWG ? - In den Hauptstädten recht bekannt

In den genannten afrikanischen Staaten haben sich auch die Meinungsforscher danach erkundigt, was man dort von der EWG hält, bzw. von ihr weiß. Nach den Mitteilungen der "Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer" erklärten im Senegal 33 Prozent der Einwohner der senegalesischen Hauptstadt Dakar, 29 Prozent der Bevölkerung der übrigen Städte des Landes und 14 Prozent der Bevölkerung im Landesinnern, sie hätten schon einmal etwas von der EWG gehört.

In der Hauptstadt der Elfenbeinküste, Abidjan, wußten 38 Prozent etwas von der EWG, in Kameruns Hauptstadt Jaunde 34 Prozent und in der wichtigsten Hafenstadt Kameruns, Douala, 28 Prozent. In der togolesischen Hauptstadt Lomé kannten 20 Prozent der Bevölkerung die EWG, während im Innern des Landes nur 2 Prozent der Bevölkerung etwas von der EWG wußten.